

Antrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Omid Nouripour

Tagesordnungspunkt: Verschiedenes

1 Jemen: Bombardements stoppen – Friedensgespräche wieder aufnehmen

2 Der Jemen, das ärmste Land der arabischen Welt, ist schon seit vielen Jahren
3 Schauplatz gewaltsamer Auseinandersetzungen. Auch der Übergangsprozess nach der
4 Revolution von 2011, die für Freiheit, Menschenrechte, Selbstbestimmung und
5 Transparenz gekämpft hatte, konnte die zugrundeliegenden Probleme im Land nicht
6 zufriedenstellend lösen - trotz des vielversprechenden Ansatzes der Nationalen
7 Dialogkonferenz, die alle wichtigen Akteure des Landes, darunter auch zahlreiche
8 Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, vereinte.

9 Die Houthis aus dem Nordjemen, die aufgrund machtpolitisch motivierter
10 Benachteiligung und Diskriminierung schon seit Jahrzehnten keine adäquate
11 Berücksichtigung im und Beteiligung am politischen Leben erfahren haben, nutzten
12 die zunehmende allgemeine Unzufriedenheit mit der politischen Lage im Land für
13 einen militärischen Feldzug, im Zuge dessen sie im vergangenen Jahr auch die
14 Hauptstadt Sanaa einnahmen und in diesem Jahr den Präsidenten Hadi ins Exil
15 trieben. Dieser Konflikt hat zahlreiche Todesopfer gefordert und die humanitäre
16 Lage im Land weiter verschlechtert.

17 Die Unzufriedenheit ist aber nicht nur auf den Nordjemen beschränkt. Auch im
18 Süden wächst der Unmut mit der Lage des Landes schon seit langem. Davon
19 profitieren sowohl secessionistische Bewegungen als auch Al-Qaida, für die das
20 Land eines der wichtigsten Operationsgebiete ist. Die extralegalen
21 Drohnenangriffe der USA, mit der Unterstützung aller bisherigen jemenitischen
22 Regierungen, haben zahlreiche zivile Opfer gefordert und zu dieser
23 Unzufriedenheit wesentlich beigetragen. Sie verschafften den Extremisten
24 weiteren Zulauf.

25 Das Vorgehen der politischen Führung der Houthis und ihrer Verbündeten, die
26 einen komplizierten Konflikt offensichtlich nur mit Waffengewalt und militärisch
27 lösen wollen, verurteilen wir. Gleiches gilt für das Vorgehen vieler anderer
28 Milizen.

29 Die Ursachen für den Konflikt im Jemen sind vielfältig und fast ausschließlich
30 innenpolitischer Natur. Daher kann eine auswärtige militärische Einmischung die
31 Probleme nur weiter verschlimmern. Jegliche iranische Unterstützung für die
32 Houthi-Rebellen ist Wasser auf die Mühlen eines brandgefährlichen regionalen
33 Krieges. Gleiches gilt für das militärische Eingreifen Saudi-Arabiens und seiner
34 Verbündeten. Saudi-Arabien hat durch seine einseitige Einflussnahme für eine
35 Konfliktpartei, deren Eliten unfähig und korrupt und deshalb verhasst sind, den
36 Konflikt im Land schon seit Jahren befeuert. Jetzt drohen seine Militärschläge
37 die konfessionelle Dimension und die Regionalisierung des Konflikts erst
38 herbeizuführen und die Gräben weiter zu vertiefen.

39 Ein konfessioneller Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten war im Jemen
40 jahrhundertlang unbekannt und wurde von außen, vor allem aus Saudi-Arabien,
41 künstlich herbeigeführt. Von dieser Polarisierung profitieren gewaltsame,
42 extremistische Gruppierungen, letztlich vor allem Al-Qaida. Zudem werden gezielt
43 staatliche Institutionen und die ohnehin unterentwickelte Infrastruktur
44 bombardiert. Dies schwächt die Staatlichkeit Jemens auf Jahre. Dem Land droht
45 ein langer Bürgerkrieg und ein fortgesetzter Staatszerfall.

46 Die Bundesregierung, die sich in der Vergangenheit sehr besonnen verhalten
47 hatte, stellt sich nun in fahrlässiger Weise hinter die kontraproduktive
48 Eskalationspolitik Saudi-Arabiens. Deutschland genießt im Jemen wegen des
49 jahrzehntelangen entwicklungspolitischen und diplomatischen Engagements, sowohl
50 der Bundesrepublik aber auch der früheren DDR, einen hervorragenden Ruf und wäre
51 ein idealer Vermittlungspartner, zumal Deutschland auch über gute Kontakte zu
52 den Houthis verfügt. Die Bundesregierung ist dabei, diese Chance auf produktive
53 Einflussnahme auf grob fahrlässige Weise zu verspielen. Stattdessen wurde
54 schmallippig „Verständnis“ für das Vorgehen Saudi-Arabiens und seiner Partner
55 geäußert und die Bombardements als „legitim“ bezeichnet.

56 Auch Berichte, wonach über Gebieten unter der Kontrolle der Houthi-Gegner Waffen
57 aus saudischer Lizenzproduktion des deutschen Herstellers Heckler & Koch
58 abgeworfen wurden, unterminieren Deutschlands Glaubwürdigkeit. Sollten sie sich
59 bewahrheiten, unterstriche dies einmal mehr, dass Waffenlieferungen und
60 Lizenzverkäufe an Staaten wie Saudi-Arabien blutige Konflikte befeuern und
61 Deutschlands Ruf nachhaltig beschädigen.

62 Leidtragende des Konflikts ist auch im Jemen vor allem die Zivilbevölkerung.
63 Besonders die drohende Wasserknappheit gibt Anlass zur Sorge. Es ist die
64 Verantwortung Deutschlands und der EU, alle Möglichkeiten für eine diplomatische
65 Lösung des Konflikts auszuschöpfen. Damit eine solche Lösung möglich wird, muss
66 die Bundesregierung sich von allen auswärtigen militärischen Einmischungen im
67 Jemen ausdrücklich distanzieren und sich für ein Waffenembargo gegen alle
68 Konfliktparteien einsetzen. Vor allem muss sie ihre Bemühungen für eine
69 humanitäre Unterstützung der Bevölkerung intensivieren.

70 Wir dürfen es nicht sehenden Auges hinnehmen, wenn ein weiterer Staat und
71 Millionen weiterer Menschen unter die Räder regionaler Machtspiele geraten.

72 Vor diesem Hintergrund fordern BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN:

- 73 • einen sofortigen Stopp der Bombardements der Saudis und ihrer Partner.
- 74 • einen sofortigen Waffenstillstand im Land.
- 75 • ein internationales Waffenembargo gegen alle Konfliktparteien.
- 76 • Friedensgespräche in Anknüpfung an die Nationale Dialogkonferenz,
77 unter Einbeziehung aller Interessengruppen inklusive Houthis, vor
78 allem aus der Zivilgesellschaft.
- 79 • eine Wiederaufnahme des Verfassungsprozesses mit dem Ziel der
80 Aussöhnung und Beteiligung aller Volksgruppen.
- 81 • eine internationale und unabhängige Untersuchung der bisherigen
82 Luftangriffe auf zivile Einrichtungen, allen voran auf das
83 Flüchtlingslager Mazraq.

84 Wir fordern die Bundesregierung auf,

- 85 • alle auswärtigen militärischen Einmischungen in den Jemen deutlich zu
86 verurteilen;
- 87 • ihre Kontakte zu den Konfliktparteien zu nutzen, um auf einen
88 Waffenstillstand und einen politischen Dialog im Land hinzuwirken;
- 89 • ihre humanitären Anstrengungen zu verstärken;
- 90 • den Berichten nach dem Einsatz von Waffen aus deutscher
91 Lizenzfertigung nachzugehen und ggf. alle Möglichkeiten zu nutzen, die
92 Fertigungslizenz an Saudi-Arabien zu widerrufen.

Begründung

mündlich

UnterstützerInnen

- Felix Deist
- Tarek Al-Wazir